



Interviews

11. Mai 2023

Britta Haßelmann, Co-Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, im Gespräch mit Philipp May

Philipp May: Am Telefon ist jetzt Britta Haßelmann, Co-Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen. – guten Morgen.

Britta Haßelmann: Guten Morgen, Herr May!

May: Sehen Sie es auch so wie der Kanzler? War das ein guter Tag für den Föderalismus?

Haßelmann: Ich glaube, gut ist, dass es eine Einigung auf zusätzliche Finanzmittel für die Kommunen gegeben hat. Wir haben in den letzten Wochen immer darauf gedrängt und uns dafür eingesetzt, dass die Kommunen, die in den letzten Monaten wirklich mit sehr viel Engagement Großes geleistet haben, diese dringend benötigte finanzielle Unterstützung auch bekommen. Das ist gestern erfolgt. Es gibt auch ein paar Fortschritte bei der Entbürokratisierung und Digitalisierung und es ist noch mal – so habe ich das gestern verstanden – eine Arbeitsgruppe zu der Frage „Verstetigung der Finanzmittel für die Kommunen“ eingesetzt worden. Das ist wichtig und notwendig für die Kommunen.

May: Sie sehen es auch im Prinzip wie Bund und Länder, haben Sie auch schon gesagt? Sie wären eigentlich dafür gewesen, dass man das jetzt direkt beschließt, so eine Verstetigung?

Haßelmann: Ja. Wir haben ja neulich erst die Arbeitsgruppeneinsetzung bei Nancy Faeser gehabt. Da haben die Integrationsminister*innen der Länder und des Bundes ja mit viel Energie sich wochenlang damit beschäftigt, was zu tun ist. Deshalb ist es gut mit der Arbeitsgruppe mit der Verstetigung. Ich kann auch verstehen, dass es manchen direkt in den Kommunen zu langsam geht, aber erst mal ist es gut, dass es diese Einigung gibt. Es gibt eine Milliarde zusätzlich zu den schon bereits feststehenden Finanzmitteln des Bundes und der Länder und das ist ein wichtiger erster Schritt.

May: Aber der Bund zahlt ja schon viel, über 15 Milliarden Euro für die Flüchtlingsversorgung. Jetzt kommt noch mal die Milliarde obendrauf. Bleibt dann nicht mehr viel für andere Ampel-Projekte, Kindergrundsicherung zum Beispiel.

Haßelmann: Die Kindergrundsicherung ist vollkommen unabhängig davon. Wir wussten alle, dass bei der Verstetigung und bei der Notwendigkeit der Unterstützung für die Kommunen bei der Integration und der Aufnahme von geflüchteten Menschen Bund, Länder und Kommunen eine Verantwortungsgemeinschaft sind. Und wir haben uns gleichzeitig im Koalitionsvertrag auf viele notwendige und wichtige sozialpolitische Reformprojekte wie das Bürgergeld, das Wohngeld und die Kindergrundsicherung verständigt, und die setzen wir jetzt auch um.

May: Ich muss Ihnen was gestehen. Ich wusste bis vor 15 Minuten gar nicht so genau, welche meiner Steuern an wen fließen. Wahrscheinlich bin ich damit nicht allein. Ich habe es gerade schnell gegoogelt. Die Biersteuer geht beispielsweise an die Länder, die Tabaksteuer an den Bund. Sei es drum! – Was ich sagen will: Diese ganze Diskussion, wer jetzt wieviel für die Versorgung der Flüchtlinge bezahlt, ist das nicht am Ende eigentlich eine Diskussion, zahlen wir aus der linken oder zahlen wir aus der rechten Tasche? Das Grundproblem, das bleibt aber: Die Zahlen sind zu hoch.

Haßelmann: Wir sind eine Verantwortungsgemeinschaft, Bund, Länder und Gemeinden, und wir haben eine Verantwortung im Hinblick darauf, dass wir die Kommunen in die Lage versetzen, die Integration und die Unterstützung, die Unterkunft für Menschen, die aus Kriegs- und Krisenregionen zu uns fliehen, nach Europa fliehen, angemessen zu versorgen. Denn die individuelle Prüfung des Grundrechts auf Asyl, die Aufnahme – es geht ja um Humanität, es geht um Solidarität und Verantwortung in dieser Situation und das dürfen wir bei aller Diskussion darum, wie die Lage vor Ort ist, nicht aus dem Blick verlieren. Deshalb gibt es verschiedene Anknüpfungspunkte.

Ja, wir werden jetzt auch über die Migrationsabkommen sprechen, dass es tragfähige Migrationsabkommen gibt, legale Wege der Zuwanderung aufweisend, und gleichzeitig über Fragen von wirtschaftlicher Zusammenarbeit, Technologietransfers, Visaerleichterung und auch Qualifizierung und Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Das alles sind Dinge, die jetzt anstehen und kommen.

May: Alles bestimmt richtige Sachen, würde ich jetzt einfach mal behaupten. Wird aber das Problem kurzfristig nicht lösen, dass gerade zu viele Menschen kommen und die Kommunen, Geld hin oder her, schlicht und ergreifend überfordert, überlastet sind. Lehrkräfte oder Erzieher kann man ja auch nicht aus dem Hut zaubern.

Haßelmann: Ich glaube, dass es deshalb wichtig und notwendig ist, einen noch stärkeren Fokus auf die Integration der Menschen zu legen, die bereits heute im Land sind und die auch noch kommen. Wir werden deshalb sowohl die Debatte auf europäischer Ebene als auch die Debatte hier im Land weiter fortführen. Diese Integrationsoffensive, der schnellere Zugang zum Beispiel zum Arbeitsmarkt, das ist sehr wichtig, relevant im konkreten Alltag vor Ort – und darum werden wir uns kümmern.

May: Über die Hälfte der Syrer, die seit 2015 hier sind, leben immer noch von Sozialleistungen. Das wäre doch auch erst mal ein Punkt zu sagen, diese Integration führt man fort, bevor man sich um die nächste Welle kümmern muss.

Haßelmann: Sie können das ja nicht so statisch angehen. Es gibt Flucht, es gibt Fluchtgründe, Menschen fliehen vor Krieg und Krisen in dieser Welt. Und wir in der Europäischen Union haben uns darauf verständigt, das Grundrecht auf Asyl, der Zugang zu Asylverfahren, die Aufnahme aus humanitären Gründen, die Genfer Flüchtlingskonvention, die Kinderrechtskonvention – alles bildet den Rahmen für die Aufnahme geflüchteter Menschen, die nicht ohne Grund zu uns oder in andere europäische Länder fliehen. Deshalb sind wir in der Verantwortung, Humanität und Ordnung und Solidarität und Verantwortung in der Europäischen Union und hier in der Verantwortungsgemeinschaft Bund, Länder und Kommunen gemeinsam zu verantworten. Und vor der riesen Aufgabe stehen wir.

May: Aber es ist nun mal offensichtlich so, von keinem Experten bestritten, dass Flüchtlinge in den Ankunftsstaaten wie Italien oder Griechenland ganz bewusst nicht registriert werden und dann mehr oder weniger gezielt nach Deutschland durchgewunken werden, weil es keine europäische Solidarität gibt, und wir sollen da mitmachen.

Haßelmann: Wir sind ja auf verschiedenen Ebenen in der Diskussion, wie wir die Frage von Solidaritäts- und Verteilungsmechanismus der geflüchteten Menschen, die zu uns nach Europa kommen, wie wir das schaffen, das gemeinsam hinzukriegen. Und das schaffen wir nicht ausschließlich durch einen Abschottungsdiskurs, sondern wir brauchen tragfähige Lösungen dafür. Das wird auf europäischer Ebene diskutiert und gleichzeitig werden ...

May: Aber seit fünf, sechs Jahren wird das diskutiert, sieben, acht Jahre, noch länger.

Haßelmann: Ja, ich weiß, weil es komplex ist, weil es schwierig ist, sich zu verständigen auf europäischer Ebene, weil es sehr restriktive und weniger verantwortliche Debatten in unterschiedlichen Ländern gibt. Deshalb werden wir uns auf europäischer Ebene gemeinsam mit den anderen europäischen Staaten auf der Grundlage von Humanität und Solidarität und Verantwortung darum kümmern müssen, zu gemeinsamen Regeln zu kommen. Das ist kein Prozess, den man heute ankündigt und der morgen zu Ende ist. Es ist schwierig und jeder, der sagt, es gibt dafür einfache Lösungen, verkennt die Situation. Deshalb müssen wir uns doch mit der Ist-Situation beschäftigen und dazu gehört der Fokus auf Integration. Diese Integrationsoffensive, Menschen schneller den Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewähren, wäre ein wirklich großer Schritt.

May: Das haben Sie schon gesagt. Wo Sie von einfachen Lösungen sprechen: Wir hatten am Montag den Vorsitzenden der Gewerkschaft der deutschen Bundespolizei, Heiko Teggatz, hier im Interview, der uns erklärt hat, wie das läuft mit den Grenzkontrollen nach Österreich, wo Deutschland reguläre Grenzkontrollen bei der EU angemeldet hat. Da kann man Menschen zurückschicken. Und dann hat er folgendes gesagt, wie das an anderen Grenzen läuft. Hören wir mal kurz rein:

O-Ton Heiko Teggatz: „An der Grenze zur Tschechischen Republik oder zur Schweiz oder nach Polen beispielsweise, dort kontrolliert die Bundespolizei im Rahmen ihrer Schleierfahndung die Menschen, die dort kommen, darf sie dann aber nicht in das Land zurückschicken, weil die Bundespolizei an diesen Grenzen keine Grenzbehörde ist und die Länder hier die Hoheit haben. Und da sage ich und fordere ich, hier auch die stationären Grenzkontrollen einzuführen.“

May: Ein ganz konkreter Vorschlag, der direkte Konsequenzen hätte, aber aus Ihrer Sicht wahrscheinlich der falsche?

Haßelmann: Die Ausweitung von Kontrollen an Binnengrenzen, die haben wir ja während der Corona-Zeit massiv problematisiert – weil wir reden jetzt gar nicht über die Außengrenzen in Ihrem Beispiel, sondern wir reden über Binnengrenzen. Und wir alle haben doch gesehen, was das im Lebensalltag, im Arbeitsalltag von Menschen bedeutet. Das ist eine Frage der ultima ratio. Das können wir nur in ganz krassen Ausnahmefällen machen. Das wissen wir.

May: Wann sind die erreicht?

Haßelmann: Die können Sie nicht so einfach definieren, weil sie besonders ist, diese Ausnahme. Sie kann nur in außergewöhnlichen Fällen sein, lageabhängig ist das sozusagen. Das müssen Sie im Einzelnen bewerten und können das nur für einen kleinen Zeitraum machen. Denn wir haben ja die Freizügigkeit innerhalb der EU und mit der Kontrolle der Binnengrenzen schränken Sie diese ein. Das ist eine Debatte, unabhängig von der Frage der Fluchtbewegungen, die wir ja während der Corona-Zeit im Alltag von Menschen spürbar negativ in ihren Auswirkungen gesehen haben. Deshalb ist das kein kleiner Punkt, sondern ein sehr wichtiger.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.